Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 60 (1966)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : ein unerreichbares Kriegsziel ; Der grössere Rahmen ; Wohin treibt Westdeutschland? ; Augenschein in Mallorca ; Spanische Diktatur

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141148

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein unerreichbares Kriegsziel

Die Amerikaner haben sich in *Vietnam* eine doppelte – und eine doppelt unerreichbare – Aufgabe gestellt. Sie wollen nicht nur einen militärischen Sieg über den «Feind» erringen, der trotz immer gewaltigerer Steigerung ihrer Kriegsanstrengungen in immer weitere Ferne rückt; sie müssen auch, wenn sie den Krieg gewinnen wollen, den offen ausgebrochenen Widerstand des südvietnamesischen Volkes selbst gegen diesen Krieg dauerhaft unterdrücken. Je stärker der Widerstand wird, desto hoffnungsloser bricht das ganze Propagandakartenhaus zusammen, das auf der Behauptung beruht, daß die Amerikaner in Vietnam stünden, um dem Volk von Südvietnam und seiner Regierung im Kampf gegen den Kommunismus zu helfen. Und um so klarer enthüllt sich die Wahrheit, daß die Saigoner Regierung *gegen* den Willen der Volksmehrheit am Ruder ist und nur dank massivster Stützung durch die Vereinigten Staaten und ihre Armee dort bleiben kann. Ohne eine gewisse Befestigung des politischen Regiments in Saigon könnten aber die Amerikaner ihrerseits auch materiell und militärisch ihren Krieg nicht weiterführen, es sei denn, sie träten offen als fremde Eroberer und Feinde des südvietnamesischen Volkes auf – und das möchten sie eben doch solang als möglich vermeiden.

Um diese Befestigung der Regierungsmacht zugunsten der amerikanischen Kriegführung gehen die heftigen Auseinandersetzungen, die seit März die Lage in Südvietnam beherrschen. Die für die Amerikaner und ihren Statthalter, «Luftmarschall» Ky, bedrohliche Wendung, die die Dinge angenommen hatten, scheint für den Augenblick allerdings aufgehalten zu sein. Der amerikanische Stützpunkt Da Nang ist wieder in der Hand der USA. Das Aufstandszentrum Hué ist von den Regierungstruppen zurückerobert worden. Der «Kriegsherr» der Nordprovinzen, General Thi, dessen Absetzung den Aufstand ausgelöst hatte, hat sich mehr oder weniger ehrlich wieder Saigon unterstellt. Namentlich aber ist es Ky gelungen, einen Keil in die Widerstandsbewegung selbst, vor allem in das buddhistische Lager, zu treiben und vom «gemäßigten» Flügel der Buddhisten ein vorläufiges Stillhalteabkommen zu erlangen. Als Gegenleistung versprach Ky nicht nur, die Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung zu beschleunigen, sondern auch in den Nationalen Führungsrat, das heißt das oberste Organ der Militärdiktatur, Zivilisten aufzunehmen und die Zahl seiner Mitglieder von zehn auf zwanzig zu erhöhen.

In Washington ist diese Entwicklung natürlich mit Erleichterung aufgenommen worden. Präsident Johnson, so sagte Botschafter Goldberg, begrüße sie «von ganzem Herzen». Wie stehen nun aber die Dinge tatsächlich? Wir sind hier selbstverständlich ganz auf zuverlässig erscheinende Berichte von Beobachtern an Ort und Stelle angewiesen. Ein Mitarbeiter des Londoner «New Statesman» (13. Mai) schildert die Lage in Südvietnam als für die

Amerikaner verhältnismäßig günstig. Wenn auch selbst die größten Optimisten unter den Militärführern den Sieg nicht vor Ende des nächsten Jahres erwarteten, so sinke doch der Kampfgeist unter den Vietcongtruppen mehr und mehr; die Zahl der Fahnenflüchtigen nehme immer weiter zu: 1700 im Januar, 2000 im Februar, 2300 im März, und so fort. Die innere Ordnung in Südvietnam sei keineswegs dem Zusammenbruch nahe, und auch wenn die kommenden Wahlen die kämpferischen Buddhisten zur beherrschenden politischen Gruppe machen sollten, so werde das keine revolutionäre Umgestaltung der Lage bringen. «Keine gewählte Regierung kann die Armee mißachten, die nicht nur die Kanonen hat, sondern auch die Provinzialverwaltung beherrscht: 41 von 43 Provinzgouverneuren sind Armeeoffiziere. Auf jeden Fall ist es nicht wahrscheinlich, daß irgendein buddhistisches Regime die Amerikaner verjagen würde, um mit der Nationalen Befreiungsfront zusammenzuspielen... Wenn sie (die Buddhisten) verhandeln, so werden sie es von der Machtstellung aus tun, die die amerikanische und die vietnamesische Armee schaffen.»

Erheblich anders tönt ein Bericht aus Saigon in der großen amerikanischen Wochenzeitschrift «Newsweek (30. Mai). Der Verfasser, E. J. Hughes, schildert den Marschall Ky und seine Regierung als in jeder Beziehung unzuverlässig. «Es ist nicht möglich, einem Regime unter Ministerpräsident Nguyen Cao Ky in Sachen Demokratie oder leistungsfähige Regierung Achtung entgegenzubringen. Der Ministerpräsident ist unreif und oberflächlich, höchst anmaßend und maßlos sprunghaft. So fand ich ihn die ganze Zeit während eines seiner dreistündigen Selbstgespräche, und jeder verantwortliche Amerikaner in Saigon weiß, daß er wirklich so ist.» Daß Ky das Volk Südvietnams hinter sich habe oder für sich gewinnen könne, glaubt Hughes offenbar nicht. Die amerikanische Sache in Vietnam, so meint er, stehe – politisch gesehen – auf schwachen Füßen. «Die Behauptung der Vereinigten Staaten, ihre Vietnampolitik entspreche getreu dem freien Volkswillen, ist so wenig glaubhaft wie die Behauptung, die kommunistischen Feinde seien lediglich ‚Banditen', die sich nur durch Schreckensherrschaft halten könnten. Trotz ihren öffentlichen Beteuerungen haben die Botschaft und die Militärführung der USA Angst im Blick auf nationale Wahlen... Die vorläufige Hoffnung der Amerikaner ruht auf einer verzwickten verfassungsrechtlichen Formel: die Nationalversammlung soll indirekt gewählt und der Präsident vom Volk gewählt werden, aber für den Fall irgendwelcher Krisen mit Notstandsvollmachten ausgestattet sein.»

Das Volk von Südvietnam, so stellt der amerikanische Journalist fest, sei eben doch recht kriegsmüde. «Die grob ironische Wahrheit ist, daß Selbstregierung für Vietnam, die in der amtlichen Rednerei Amerikas so hohe Verehrung genießt, für die amtliche Politik Amerikas nur Gefahren in sich birgt. Muß sich denn nicht als die tiefste Triebkraft jeder zivilen Nationalversammlung in Vietnam bald das gemeinsame Begehren erweisen, Unabhängigkeit von den Amerikanern zu zeigen und in einen allgemeinen Wettkampf darum einzutreten, welcher Mann oder welche Gruppe es am besten versteht, mit dem Feind ins Friedensgespräch zu kommen? Gerade zwei

Tage bevor Ministerpräsident Ky in die Abhaltung von Wahlen einwilligte, stellte ich diese Frage einem höchst maßgebenden Sprecher der politischen Führungskreise der Vereinigten Staaten in Saigon. Er antwortete geradeheraus: ‚Wenn in Saigon eine gewählte Nationalversammlung zusammentritt, wird sie innert einer Woche telephonisch mit Hanoi verhandeln'.»

Der größere Rahmen

Ich habe die beiden Berichte über die Lage in Südvietnam darum etwas ausführlich zitiert, weil wir ja doch nicht – trotz unserer Ablehnung der ruchlosen amerikanischen Kriegführung – irgendeinem Wunschdenken nachgeben dürfen, sondern die Aussicht der Amerikaner auf einen Siegfrieden möglichst tatsachengemäß beurteilen müssen. Auch der Verfasser des Berichtes im «New Statesman» rechnet ja mit einer noch jahrelangen Dauer des Krieges und legt zuletzt auch der Außenwelt die Heranziehung des Vietcongs zum Wiederaufbau des verwüsteten Landes nahe. Noch deutlicher setzt sich der Verfasser des zweiten Berichtes für einen raschen Verhandlungsfrieden ein, da die Vereinigten Staaten ja doch früher oder später Vietnam räumen *müßten.* Ähnlich beurteilt Walter Lippmann in «Newsweek (23. Mai) die Lage. Auch eine weitere Vermehrung der amerikanischen Streitkräfte in Südvietnam und eine neue Verschärfung des Luftkrieges gegen Nordvietnam, so meint er, werde es den USA nicht erlauben, ihr Ziel zu erreichen: «in einem von Revolution zerrissenen Land, in einem von Revolution durchglühten Erdteil eine sichere, freie, amerikafreundliche Regierung zu schaffen, die vom Volk angenommen und unterstützt wird.»

In Washington denkt man freilich, wenn dort die Worte auch wirklich den Gedanken entsprechen, noch immer nicht daran, die Unmöglichkeit einer dauerhaften Eingliederung Südvietnams in den amerikanischen Machtbereich oder gar einer Zerschlagung Nordvietnams und Chinas zuzugeben. Dies obwohl auch in sehr amerikatreuen Kreisen der übrigen Welt das Unbehagen über die immer tiefere Verwicklung der Vereinigten Staaten in die asiatischen Angelegenheiten zunimmt. «Was können sich», so fragt man sich hier, «die Chinesen Besseres wünschen, als daß die USA mit einer Viertelmillion Mann und ungeheuerlichen Geldmitteln in Vietnam festgelegt sind? *Die* haben sicher keinen Grund, auf einen raschen Verhandlungsfrieden zu drängen.»

Wohin soll nun aber die Halsstarrigkeit der Amerikaner eigentlich führen? Zurück *wollen* sie nicht, entscheidend vorwärts *können* sie nicht – wie ein Kletterer, der sich in den Bergen verstiegen hat. Was also dann?

Wir überblicken die Lage in Vietnam wohl besser, wenn wir sie in den größeren Rahmen weltpolitischer Vorgänge hineinstellen, in den sie gehört. Ausgangspunkt mag die Tatsache bilden, daß durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges ein Zustand geschaffen wurde, der für die besitzende Oberklasse des Westens und die Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt höchst gefährlich war. Osteuropa und zum Teil auch Mitteleuropa wandten sich dem Kommunismus zu, soweit sie nicht schon längst

von ihm erfaßt waren. Westeuropa schien für den Sozialismus reif. Asien wurde von revolutionären Bewegungen wie noch nie erschüttert; ihren Höhepunkt fanden sie 1949 in China. In Afrika kündigte sich der Zusammenbruch des weißen Kolonialismus an. Und selbst in Lateinamerika griff die Auflehnung gegen den Yankee-Imperialismus bedenklich um sich; in Kuba gewann sie ihren bisher größten Erfolg.

Die konservative *Gegenbewegung* ließ aber nicht auf sich warten. Westeuropa geriet aufs neue unter kapitalistische Oberherrschaft, mit den Vereinigten Staaten als Schutzmacht. Desgleichen Japan. Nach vorübergehender Stockung nahm der nordamerikanische Kapitalismus einen neuen, mächtigen Aufschwung. Zwischen 1960 und 1965 nahm die wirtschaftliche Gesamterzeugung in den Vereinigten Staaten um 34 Prozent zu, die Summe der Gewinne der Kapitalgesellschaften sogar um 50 Prozent. Amerikanisches Kapital floß in Strömen anlagesuchend ins Ausland. Der *USA-Imperialismus* stieß in den kolonialen und halbkolonialen Ländern mit einer Wucht vor wie niemals bisher. In der antiimperialistischen Front gab es Risse und Niederlagen; Brasilien, Algerien, der Kongo, Ghana, Indonesien sprangen ab; in anderen Ländern kam es zu Zögerungen, Rückschlägen, Schwächeanfällen. Die Sowjetunion fand sich mit einer Koexistenz von Kapitalismus und Sozialismus ab, die nicht nur dem Bestreben entsprang, einen Zusammenstoß mit der amerikanischen Militärmacht zu vermeiden.*

Mehr und mehr wehrt sich nun freilich doch die Bourgeoisie Westeuropas, wie diejenige Kanadas, Japans usw., gegen die zunehmende Durchdringung ihrer Länder mit amerikanischem Kapital und gegen die politische «Führerrolle» der Vereinigten Staaten. Das auffallendste Beispiel liefert ja Frankreich, das nicht nur den amerikanischen Wirtschaftsplänen Widerstand leistet, sondern auch die politisch-militärische Bindung an die «Vormacht der freien Welt» regelrecht gelöst hat. Der entscheidende Widerstand gegen den amerikanischen Imperialismus geht jedoch gegenwärtig von *Vietnam* aus, das zum Brennpunkt des *Kampfes zwischen sozialer Revolution und kapitalistischer Gegenrevolution* geworden ist. Und hinter Vietnam steht das neue *China,* das sich auf einen amerikanischen Angriff – mit welchen Waffen er auch immer geführt werden soll – schon längst gefaßt macht. Solang das Verhältnis China - Vereinigte Staaten nicht im friedlichen Sinn geklärt ist, kann man sich darum kaum etwas anderes vorstellen als eine weitere Steigerung und Ausweitung der amerikanischen Kriegsanstrengungen in Südostasien. «Ein Krieg großen Stiles (mit China)», so bemerkte die «New York Times» am 7. April, «bedeutet, daß die Vereinigten Staaten

---

* Die Neuyorker «Monthly Review» (Maiheft) bemängelt den Abschluß eines Kulturabkommens zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, während Bomben auf das sozialistische Vietnam geprasselt seien, das mit der Sowjetunion «brüderlich verbunden» sei, und fragt, was man wohl gesagt hätte, wenn im Jahre 1940, als deutsche Bomben auf England regneten, Washington ein Kulturabkommen mit Nazideutschland getroffen hätte ...

dabei ihre ganze Kraft einsetzen und ein paar – vielleicht sogar zehn – Millionen Mann nach China werfen würden.» Die schon jetzt, nach Aufzehrung der Vorräte, empfindlich ansteigenden Kosten eines solchen Krieges würden dadurch astronomische Zahlengrößen erreichen. Und das hieße weiter, daß sich die Vereinigten Staaten wie politisch und militärisch, so auch wirtschaftlich immer bedenklicher übernehmen würden. «Monthly Review» (Maiheft) sieht für diesen Fall voraus, daß die Mannschaftsbestände der USA völlig erschöpft würden und das Netz amerikanischer Stützpunkte und Verpflichtungen in Dutzenden von Ländern, die jetzt von den Vereinigten Staaten «vor dem Kommunismus geschützt» werden, nicht mehr aufrechterhalten werden könnte. Die Kriegskosten aber müßten die Gesamtheit der auswärtigen Zahlungen an die USA soweit übersteigen, daß die Zahlungsbilanz, ja die Wirtschaft der Vereinigten Staaten in heillose Unordnung käme. «Nur *eine* Schlußfolgerung ist möglich: große Krisen kündigen sich an, Krisen von beispiellosem Ausmaß und Umfang.»

Wahrscheinlich ist auch das noch viel zu vorsichtig ausgedrückt. Oder müßte eine Ausdehnung des Vietnamkriegs auf China nicht eine Weltkatastrophe entfesseln, sofern nicht einfach ein blitzartiger atomarer Vernichtungsschlag gegen China geführt würde und der Krieg schon zu Ende wäre, bevor er weitere Mächte erfassen könnte? Unsere Phantasie reicht jedenfalls nicht aus, um die Folgen zu ermessen, die eintreten müßten, wenn der Vietnamkrieg seinen «logischen» Gang im Sinne der Militärgehirne und der «radikalen» Antikommunisten nähme. Wenn irgendwo, so ist hier das Wort am Platz, daß Krieg eine viel zu ernste Sache ist, als daß er den Militärs überlassen werden dürfte.

Wohin treibt Westdeutschland? In die von Amerika geführte gegenrevolutionäre Weltfront hat sich von Anfang an besonders auch *Westdeutschland* eingegliedert. Die ganze Gründung der Bundesrepublik diente ja wesentlich diesem Zweck und zog dann natürlich die Schaffung eines dem Sowjetblock zugehörenden ostdeutschen Staates nach sich. Westdeutschland ließ sich nur zu willig für den Kalten Krieg gegen den Osten gebrauchen, hoffte es doch, damit die Folgen des wiederum von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges auslöschen und den Sowjetblock zerschlagen und beerben zu können. Jetzt, da der vollkommene Fehlschlag dieser Politik am Tag liegt und de Gaulles Frankreich die Folgerungen daraus zieht, findet man in Bonn nicht den Mut, die Fehlerhaftigkeit der ganzen Rechnung einzugestehen. Man beteiligt sich mit verkrampfter Kurzsichtigkeit an den vergeblichen Versuchen, die NATO wenigstens notdürftig zu flicken, klammert sich nun erst recht an die Vereinigten Staaten (in einer Lage, da diese ihren Rückzug aus Europa ernstlich ins Auge fassen *müssen*) und erwartet gleichzeitig, daß doch wenigstens Frankreich seine Besetzungstruppen in Westdeutschland belassen werde, um den Schein eines lebendigen Weiterbestandes des westlichen Militärbündnisses doch noch aufrechtzuerhalten. Und keine Kraft ist in

Westdeutschland sichtbar, die eine entschlossene Umkehr von dem falschen Weg herbeizuführen imstand wäre, der nur in neues Verderben führen kann!

Am wenigsten stellt die *Sozialdemokratie* eine solche Kraft dar. Ihr jüngster Parteitag in Dortmund hat es aufs neue bewiesen. Alles Geschwätz über eine «aktive» Deutschland- und Osteuropapolitik der Sozialdemokratischen Partei täuscht nicht über die Tatsache hinweg, daß die Partei gewillt ist, an der Gemeinsamkeit der «nationalen Außenpolitik» aller drei Bundestagsparteien festzuhalten, die DDR nicht anzuerkennen, die militärische Aufrüstung fortzusetzen, in der Frage der Ostgrenzen höchstens ein paar sinnbildliche Zugeständnisse zu machen und unter dem Vorwand einer Abwehr kommunistischer Drohungen weiterhin eine wirklichkeitsfremde Angriffs- und Revanchepolitik gegenüber dem Osten zu betreiben.

In ihrer Innenpolitik aber drückt sich die SP um die entscheidende Aufgabe herum, den Ausverkauf der Demokratie und den förmlichen Übergang zu einem reinkapitalistischen Klassenstaat zu verhindern, also die Grundlagen einer *sozialistischen* Demokratie und Gesellschaft – im Gegensatz zu der famosen «formierten Gesellschaft» Erhards – zu schaffen. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Führerschaft zu der *Notstandsgesetzgebung* ist der Bonner Regierungskoalition nach diesem Parteitag sicher; der Widerstand eines Teils der Gewerkschaften wird kaum mehr viel bedeuten, nachdem der Gewerkschaftsbund an seinem heurigen Kongreß nur noch mit 251 gegen 182 Stimmen – vor vier Jahren waren es noch 276 gegen 138 – die Notstandsgesetzgebung abgelehnt hat.

Alle Warnungen vor den Absichten, die mit den Notstandsgesetzen verfolgt werden, scheinen auf die sozialdemokratische Führungskaste, die auch diesmal wieder die Parteitagsdelegierten vollständig zu beherrschen vermochte, keinen Eindruck zu machen. Auch nicht der bewegende Brief, den *Max Born,* der berühmte, jetzt 83jährige Atomphysiker, an den Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft, Otto Brenner (einen Hauptgegner der Notstandspolitik) gerichtet hat, und in dem es heißt: «Ich finde es ganz unerträglich, die Bestimmungen, die dieses Jahr in Kraft treten sollen, anzuerkennen und ihnen zu folgen, vor allem alles, was unmittelbare Kriegsvorbereitung ist wie Luftschutz, Anlegen von Vorräten, Maßnahmen gegen Brandgefahr usw. Für einen Physiker, der sich ein wenig mit dem Wesen der Atomenergie befaßt hat, ist es Unsinn. Politisch gesehen kann es kaum einen andern Zweck haben, als die Volksmassen in die Hand zu bekommen, um eine Militärdiktatur und Krieg vorzubereiten.»

Noch grundsätzlicher ist – politisch und sittlich ausgerichtet – die Kritik, die *Karl Jaspers,* der in Basel lebende deutsche Philosoph, an der Notstandsgesetzgebung übt. In seinem neuen Buch «Wohin treibt die Bundesrepublik?» kennzeichnet er sie als den bisher gefährlichsten Ausdruck des Zuges zum volksfeindlichen Obrigkeitsstaat, der die Innenpolitik der Bonner Regierung beherrsche. Der westdeutsche Staat, so stellt er mit nur allzuviel Recht fest, sei auf dem Weg «von der Demokratie zur Parteienoligarchie, von der Parteienoligarchie zur Diktatur ... Autoritäres Denken greift um sich. Kritik wird denunziert. Der demokratische ‚Blutkreislauf' ist gestört.» Der äußere

«Notstand», mit dessen möglichem Eintritt die «Schutzgesetze» begründet werden, sei nichts anderes als Krieg – und der könne nur durch eine Politik abgewehrt werden, die alles tue, um den Frieden zu retten, aber nichts tue, was zum Krieg treiben könnte. Innerer Notstand anderseits sei nur Vorwand, um die wirtschaftlich und politisch Herrschenden an der Macht zu halten, die Unternehmerschaft zu stärken, die Arbeiterschaft aber zu lähmen. Dieser ganzen Entwicklung müsse das Volk äußersten Widerstand leisten, gegebenenfalls durch *politischen Streik* und *organisierte Gehormsamsverweigerung.*

Auch die westdeutsche Außenpolitik lehnt Jaspers schroff ab. Die Teilung Deutschlands will er ebenso ehrlich hingenommen wissen wie die geltenden Grenzlinien. «Das Ergebnis des eindeutig durch Hitlerdeutschland vom Zaun gebrochenen Krieges – die Errichtung neuer Staatsgrenzen – muß als Faktum übernommen und anerkannt werden. Es handelt sich nicht um Strafe, sondern um Gewalt, die der Gewalt gefolgt ist. Wer als Gewalttätiger mit Gewalt niedergeschlagen werden mußte, hat die Folgen seiner Gewalttat zu übernehmen. Wer jedes Recht vernichtet, darf nachher nicht für sich aus einer Vergangenheit, die nicht mehr ist, Rechtsansprüche erheben... Die Kriegsgefahr geht von dem aus, der bestehende Grenzen ändern, nicht von dem, der sie bewahren will.»

Die westdeutschen Sozialdemokraten müssen sich ja schämen, wenn sie hören, was Jaspers auch ihnen vorhält. Seine Mahnungen und Warnungen haben nur den Fehler, daß Jaspers «fest und treu» zu Amerika hält, daß er die westdeutsche Wiederaufrüstung – die Folge des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten – grundsätzlich nicht in Frage stellt, daß er mindestens früher einen heftigen Antikommunismus im Namen der höchsten Güter der «freien Welt» vertreten und damit gerade das getan hat und zum Teil noch immer tut, was er jetzt als verhängnisvollen Fehler bezeichnet: eine Politik zu betreiben, die den Krieg fördert und den Frieden gefährdet. Auf Jaspers hat sich jedenfalls der *schweizerische Antikommunismus* jahrelang mit besonderer Vorliebe berufen. Dennoch urteilt er aber vollkommen richtig, wenn er die deutsche Bundesrepublik einem großen Unglück entgegentreiben sieht. «Erhard wird», so sagt er voraus, «wenn er sein bisheriges Verhalten fortsetzt, die Dinge ihren Lauf nehmen lassen. Es wird wahrscheinlich geschehen, was die Unternehmer wollen.» Und was die «nationalen» Machtpolitiker und Militaristen wollen, so setzen wir hinzu. Das Ende mit Schrekken wird folgen.

Augenschein in Mallorca Nun möge aber auch noch ein Blick auf *Spanien* geworfen werden, ausgehend von einem persönlichen Erlebnis des Schreibenden. Dank der Gastlichkeit lieber Freunde, die sich vor wenigen Jahren auf *Mallorca* angesiedelt haben, konnte ich dort allerlei Erfahrungen und Eindrücke sammeln, die vielleicht auch für unsere Leser von Belang sind.

Mallorca, die größte der Baleareninseln – wenig umfangreicher als der Kanton Waadt, mit gegen 400 000 Einwohnern – ist eine Welt für sich, hat

aber doch Teil an der so reichbewegten Geschichte des spanischen Festlandes, der Peninsula, wie die Leute dort sagen. Wahrscheinlich schon von griechischen Seefahrern besucht, stand es jedenfalls lang unter phönizisch-karthagischer Herrschaft – Hannibal wurde angeblich dort geboren –, bis die Römer nach der Zerstörung Karthagos auch auf Mallorca landeten und der dort heimisch gewordenen Seeräuberei (vorläufig) ein Ende machten. Nach einem halben Jahrtausend kamen die Vandalen und dann die Araber, die über 400 Jahre auf der Insel blieben. Seit dem 13. Jahrhundert gehört Mallorca nun zum spanischen Kulturkreis. Es gewann nach der Vertreibung der Mauren Anschluß an die Welt des feudalen Abendlands und großen Reichtum für seine Oberklasse, wovon noch heute die Adels- und Bürgerhäuser in Palma und die im Stil der südfranzösischen Gotik erbaute herrliche Kathedrale – nicht zu vergessen die alte Börse, die Lonja – auf Schritt und Tritt Zeugnis ablegen. Aber auch sonst wird die Vergangenheit Mallorcas lebendig, so wenn man – wie es mir vergönnt war – von dem besten Sachkenner am Ort durch das reichhaltige Museum eines Landstädtchens geführt wird und dazu noch die mit großer Liebe während eines Menschenalters angelegte Privatsammlung des Führers mit ihrer Fülle von aufschlußreichen Altertümern erläutert bekommt. Von den jedem Touristen auffallenden alten Burgen und den viele Bergkuppen krönenden Talayots (Wachttürmen) sei dabei noch nicht einmal die Rede.

Aber es ist ja vor allem die wundervolle *Natur,* die – zusammen mit den ziemlich niedrigen Lebenskosten auf der Insel – so unheimlich viele fremde Gäste nach Mallorca lockt. Zwischen zwei Bergzügen im Nordwesten und Osten dehnt sich ein fruchtbares Mittelland aus, das teilweise bis zu drei Ernten im Jahr bringt: Äcker und Wiesen (weithin freilich auf sonnverbranntem, wasserarmem Boden), unübersehbare Gemüse- und namentlich Baumpflanzungen, die Öl, Mandeln, Orangen und Zitronen, Johannisbrot, Feigen usw. in reicher Fülle bringen. Daneben die anspruchslosen, massenhaft auftretenden Feigenkakteen und Zwergpalmen neben den stolzen hochstämmigen Edelpalmen und den Pinien- und Kieferwäldern, die das Hügel- und Bergland weithin bedecken. Die ganze Küstenlinie ringsum aber bietet mit ihren schroff-felsigen Steilklippen oftmals einen fast urweltlich-wilden Anblick, dem das immer wechselvoll bewegte und vielfarbige Meer einen unbeschreiblichen Zauber verleiht. Kein Wunder, daß Mallorca ein *Reise- und Ferienland* ersten Ranges geworden ist, wird es doch alljährlich von über einer Million Fremder besucht, unter denen die Westdeutschen weitaus überwiegen. In gewissen Orten stellen sie mindestens 90 Prozent aller Besucher, so in Cala Ratjada, wo ich vor allem weilte, und das eben mit seinem kilometerlangen feinsandigen Strand – einem der besten seiner Art am Mittelmeer – eine besondere Anziehungskraft ausübt. (Bitte, nicht auf den Schreibenden...!)

Die *Wirtschaft* Mallorcas ist zwar recht mannigfaltig; neben Acker- und Gartenbau, Obst- und Ölpflanzung, auch etwas Viehzucht und natürlich Fischfang, blühen allerhand Gewerbe; ich kam sogar an neuaufgeschossenen Industriestädtchen vorbei, die in dieser Landschaft fast stilwidrig wirken.

Aber der Haupterwerbszweig ist doch die sogenannte Fremdenindustrie. Palma, mit seinen 160 000 Einwohnern, lebt fast ganz davon und macht mit seiner unübersehbaren Masse von Hotels, Hochbauten, Ferienhäusern, Restaurants, Vergnügungsstätten, Hafenanlagen usw., die sich westlich wie östlich von der Stadt noch etwa 20 Kilometer weit der Küstenbucht entlang hinziehen, einen geradezu amerikanisch-modernen Eindruck. Und die kleineren Städte und Dörfer, die sich auf den Fremdenverkehr eingestellt haben, tun es der Hauptstadt nach Möglichkeit gleich. Das gewinngierige Kapital hat sich mit Leidenschaft auf die Ausbeutung der Naturschönheiten dieser Südlandinsel gestürzt; auch in kleinen Orten an der See zahlt man schon heute bis zu 100 D-Mark für den Quadratmeter Boden. Wie lang die spekulativ aufgeblähte Hochkonjunktur anhält, ist freilich eine Frage, die sich auch viele Mallorquiner stellen. Aber vorderhand nützt sie ein jeder aus, so gut er kann – nach uns die Sintflut!

Die schwarze Armut des Land- und Industrieproletariats auf dem spanischen Festland trifft man auf Mallorca jedenfalls kaum mehr an. Die spanischen Auswanderer stammen gewiß zum geringsten Teil aus Mallorca. Die Geldlöhne der Arbeiter sind allerdings nach unseren Begriffen sehr niedrig; Bauarbeiter zum Beispiel verdienen, wie ich mir sagen ließ, etwa Fr. 1.70 in der Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit während sechs Tagen in der Woche. Dafür sind aber auch die Lebenskosten entsprechend mäßig, namentlich die Ausgaben für Wohnungsmiete und Nahrungsmittel. Den ausländischen Gästen kommt dieser Preisstand natürlich gleichfalls zugut; sogar in einem erstklassigen Hotel – wenigstens in der «Provinz» – zahlt man für volle Pension nicht mehr als 24 Schweizer Franken je Person und Tag. Einzelzimmer sind schon zu Fr. 3.50 zu haben. Wohl die Großzahl der deutschen Gäste wird von Reiseagenturen eingeschleust, die mit den örtlichen Hotels und Pensionen wie mit den Flug- und Schiffsgesellschaften ermäßigte Pauschalpreise abmachen.

Spanische Diktatur Im täglichen Verkehr, auf Spaziergängen, Wanderungen und Fahrten habe ich die Menschen von Mallorca als liebenswert, natürlich und frohmütig kennengelernt. Wie schon lang auf der Insel lebende Ausländer versichern, heben sie sich von den härteren Festlandspaniern eher vorteilhaft ab. Daß auch sie an der Grausamkeit der Stierkämpfe Gefallen finden, ist freilich betrüblich genug; jeden Sonntag strömen Tausende nach Palma in die Arena, um sich an der «Kunst» zu weiden, mit der die schönen Tiere zuerst zutode gehetzt und dann erbarmungslos abgestochen werden, wie wenn das wunder was für eine Heldentat wäre...

Aber, so wird man wohl fragen, wie fühlt sich die Bevölkerung unter dem *Diktaturregiment,* das seit bald dreißig Jahren auf ganz Spanien lastet? Nun, von Mallorca muß man sagen, daß es von dem, was Franco für Spanien bedeutet, nicht viel spürt. «Der Himmel ist hoch und der Zar ist weit!» Die Mächte, die aus der Diktatur Nutzen ziehen – Großkapital, Großgrund-

besitz, katholische Kirche, Militärkaste usw. – sind natürlich auch in Mallorca am Werk. Nicht zuletzt sind Schule und Volksbildung alles andere als auf der Höhe; besonders die Kinder- und Mädchenschulen stehen ganz unter klerikaler Leitung. Mit der Selbstverwaltung des Volkes steht es noch bedeutend schlimmer als in den westeuropäischen und amerikanischen «Demokratien»; der Alcalde – Bürgermeister – zum Beispiel wird einfach vom Provinzgouverneur ernannt. Bedauerlich ist auch, daß die mallorquinische Sprache – ein selbständiger Zweig des Katalanischen – in Verwaltung, Schule und Kirche verboten ist; Amtssprache ist das Kastilianische als Werkzeug der Zentralisierung und Gleichschaltung.

Aber eines hat Mallorca und zum großen Teil auch Spanien überhaupt vor anderen Diktaturländern doch voraus: es gibt nur eine recht lockere Zensur und keine planmäßige Terrorisierung der öffentlichen Meinung. Das bestätigen einem immer wieder urteilsfähige, erfahrene Ausländer. Zum mindesten *sie* können sozialistische, pazifistische, ja kommunistische Zeitschriften und Bücher empfangen, soviel sie wollen. (Ob auch Spanier, entzieht sich meiner Kenntnis.) In Westdeutschland gibt es auf dem Papier eine schöne «demokratische» Verfassung, aber sie wird in der Praxis tagtäglich ungescheut durchlöchert; Zeitungen aus Ostdeutschland zu beziehen ist auf alle Fälle verboten. In Spanien gibt es keine demokratische Verfassung, aber das Regime liberalisiert sich zusehends. Nur an den Kiosken sind mitunter Zeitungen mit francofeindlichen Artikeln nicht zu haben, aber Streifbandabonnenten bekommen auch sie. In der Hauptzeitung der Balearen habe ich Berichte aus Amerika gelesen, die erstaunlich freie Kritik an Johnsons Vietnamkrieg übten, und das obschon die Vereinigten Staaten das Francoregime in jeder Art und Weise stützen. Auch in Spaniens Wirtschaftsbeziehungen mit kommunistischen Ländern läßt sich die Madrider Regierung nicht hineinreden. «Wir lachen darüber», bemerkte letzthin ein Nichtkommunist, «daß unsere Häuser hier alle mit ‚rotem' Zement gebaut werden, denn auf den Zementsäcken steht entweder ‚Warszawa' oder ‚Bucuresti'. Auch essen wir natürlich ‚roten' Zucker – aus Kuba. Bald werden wir auch ‚rote' Butter bekommen; ein entsprechendes Handelsabkommen mit der Sowjetunion ist bereits unterzeichnet: spanische Orangen gegen russische Butter und Schweinefleisch. Auch die spanische Mandelernte geht zum Teil nach der Sowjetunion.»

So sind nun eben einmal die Spanier. Sogar wenn die *Regierung* wollte – das *Volk* macht bei einem antikommunistischen Verfemungssystem nicht mit. Dinge wie die von unserer Presse unterstützte Protestbewegung gegen tschechoslowakischen Christbaumschmuck, der in die Schweiz kam, wären in Spanien vollkommen unmöglich. Und erst recht gibt es dort, seit der Bürgerkrieg vorbei ist, keine Gesinnungsschnüffelei und kein Angebertum. Nicht einmal die Polizei und die unteren Verwaltungsorgane kümmert sich um kritische Aussetzungen an der Regierung. Man kann darüber recht nette Geschichten hören...

Etwas anders ist es allerdings mit Arbeitskämpfen, mit Lohnforderungen und Streiks, auch mit dem Begehren der Studenten nach unabhängiger Orga-

nisation und Verbesserung der oft ganz rückständigen Hochschuleinrichtungen und mit ähnlichen Fach- und Berufsbewegungen. Die stoßen auf den harten Widerstand des Regimes und der interessierten Mächte, unter denen die hohe Geistlichkeit nicht die geringste ist, während im niederen Klerus und besonders unter den jüngeren Priestern nicht nur im Baskenland und in Katalonien ein «bedenklicher» Widerstandsgeist herrscht. Und natürlich: Wenn es zu einem irgendwie umfassenden und gelenkten Aufstandsversuch mit politischen Zielen käme, so würde er in einem verlogenen, antikommunistisch aufgemachten Kreuzzug und wieder mit Hilfe des Auslands – diesmal der Amerikaner, die ja bereits im Land sind – genau so erbarmungslos niedergeschlagen werden wie vor dreißig Jahren der Versuch, eine bürgerlich-konservative Republik aufzurichten. Auch damals war im Ernst von Kommunismus überhaupt keine Rede. Und doch wurden allein auf Mallorca mindestens sechs- bis siebentausend Menschen als «Rote» erschossen, die meisten ohne Urteil. Diese Massenverbrechen wurden seinerzeit (und werden noch heute) in der «freien Welt» sehr leicht genommen; welch ungeheure Entrüstung gab es aber, wenn in dem von der katholischen Kirche auf der Seite Francos mitausgefochtenen Bürgerkrieg in tausendfach geringerer Zahl auch Priester und Nonnen umgebracht wurden, die in den Augen der Republikaner schwere Schuld auf sich geladen hatten!

Sei nun dem, wie es wolle: eine Revolution gegen das Francoregiment hätte nach dem Zeugnis zuverlässiger Beobachter in absehbarer Zukunft keinerlei Aussicht. Es fehlt darum auch durchaus an den Kräften, die sie tragen könnten. Und bei aller Lockerung der Diktatur ist Spanien noch weit, weit davon entfernt, daß man von ihm sagen könnte, was ein Geschichtsschreiber vom ersten König des kurzlebigen mallorquinischen Herrscherhauses zu sagen wußte: er habe der Hauptstadt (und der ganzen Insel) «größere Rechte und Freiheiten verliehen, als sie irgendeine andere Stadt der Welt hat».

9. Juni *Hugo Kramer*